

Auszug aus **Café Critique** bei **Context XXI**

(http://contextxxi.org/europa-und-iran-terrorliste-statt.html)

erstellt am: 27. Mai 2020

Datum dieses Beitrags: Dezember 2009

Europa und Iran: Terrorliste statt Dialog

■ STEPHAN GRIGAT

Während die bewundernswert ausdauernde Freiheitsbewegung im Iran weiterhin unter Lebensgefahr gegen die „Islamische Republik“ auf die Straße geht und für den „Tag des Studenten“ am 7. Dezember neue Massenproteste angekündigt hat, hofieren heimische Politiker weiterhin ein Regime, das den Westen mit seinem hinhaltenden Taktieren hinsichtlich seines Nuklearprogramms vor aller Augen an der Nase herumführt und keineswegs nur für Israel eine massive Bedrohung darstellt.

Vorgestern traf der Delegationsleiter der ÖVP im Europaparlament Ernst Strasser den iranischen Botschafter bei der EU, Ali Asghar Khaji, in Brüssel zu einem Gespräch. Strasser, dessen Parteifreund Christoph Leitl als Wirtschaftskammerpräsident vehement für den Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen mit dem Iran eintritt, setzt damit den Weg der österreichischen Kooperations- und Appeasementpolitik gegenüber dem Regime fort, das Konferenzen zur Holocaust-Leugnung veranstaltet und seine Einnahmen aus dem Außenhandel zur Unterstützung des djihadistischen Terrors verwendet. Wer mit Vertretern der „Islamischen Republik“ plaudert, erklärt die Politik des iranischen Regimes für diskussionstauglich und fällt der Opposition in den

Rücken.

Außenminister Michael Spindelegger hat kürzlich „ein klares Nein“ zu neuen Gasgeschäften mit dem Iran formuliert. Und die geplanten Milliardenengeschäfte der OMV dürften tatsächlich auf Eis liegen. Die Frage ist nur, warum das österreichische Firmen beeindrucken sollte, die nicht im Erdgasbereich tätig sind? Zumal derartige Äußerungen nur als politisches Lippenbekenntnis in die Welt getragen, nicht aber in rechtliche Regelungen übersetzt werden. Bis jetzt dienen solche Stellungnahmen nur dazu, der lauter werdenden Kritik am zögerlichen Vorgehen Österreichs etwas entgegen zu setzen. Warum sollte eine Firma wie *KTM*, die beschuldigt wird, dass ihre Motorräder im Iran auf Militärparaden auftauchen, die Rhetorik des Außenministers ernst nehmen? Oder der Grazer Anlagenbauer *Andritz*, der ein eigenes Büro in Teheran unterhält und im Verdacht steht, in Geschäfte mit den Revolutionsgarden involviert zu sein, die nach Schätzungen mittlerweile bis zu 70 Prozent der iranischen Wirtschaft kontrollieren.

Wer auch immer in Österreich ernsthaft gewillt wäre, einen Schlussstrich unter die seit 30 Jahren andauernde Kooperations- und Appeasementpolitik mit dem iranischen Regime zu ziehen, könnte sich am niederländischen Parlament ein

Beispiel nehmen. Das hat gerade beschlossen, die Regierung in Den Haag darauf zu verpflichten, sich in der EU für die Aufnahme der Revolutionsgarden in die Liste terroristischer Organisationen einzusetzen. Nicht, dass dies für ein konsequentes Vorgehen gegenüber dem iranischen Regime ausreichen würde, aber es wäre doch deutlich mehr als die bisher folgenlosen Statements österreichischer Politiker.

Gastkommentar in der *Wiener Zeitung* am 4. 12. 2009

Stephan Grigat: Politikwissenschaftler und Publizist, Mitbegründer und wissenschaftlicher Direktor der Kampagne *Stop the Bomb* in Österreich, Mitglied von *Café Critique*. Von Juni 1999 bis September 2001, im November 2002 und von Oktober 2003 bis März 2004 Redaktionsmitglied, von Juni 1999 bis September 2000 sowie von Oktober 2003 bis Juni 2004 koordinierender Redakteur von **Context XXI**.

Lizenz dieses Beitrags
Copyright

© Copyright liegt beim Autor / bei der Autorin des Artikels